

41. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 18.05.2017

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Johannes Mecke Edith Michal Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Franz Klietsch	

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung weist der Vorsitzende die Zuhörer daraufhin, dass Bild und Tonaufnahmen während der Sitzung ohne Erlaubnis des Vorsitzenden und des Gremiums untersagt sind.

Der Erste Bürgermeister gratuliert den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Mecke, Herrn Weingärtner, Herrn Axenbeck, Herrn Peischl sowie Frau Mäusel nachträglich recht herzlich zum Geburtstag. Ganz besonders gratuliert der Erste Bürgermeister dem Gemeinderatsmitglied Frau Guist zum Geburtstag. Sie feiert am heutigen Sitzungstag Geburtstag, weshalb der Vorsitzende Frau Guist einen Blumenstrauß überreicht.

Der Vorsitzende erinnert zu Beginn der Sitzung an die Wahl des Seniorenbeirates sowie an die Möglichkeit, bis zum 23.05.2017 entsprechende Wahlvorschläge einreichen zu können.

Ohne hinreichende Entschuldigung fehlt an der heutigen öffentlichen Sitzung das Gemeinderatsmitglied Herr Klietsch.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

567 24 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 06.04.2017, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

568 24 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024

Hauptamt

569 24 **Schulcampus Unterföhring;**
Vorstellung der ersten Planentwürfe

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.04.2017, Nr. 400, mit welchem der Bebauungsplan Nr. 87/17 „Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße“ gebilligt wurde und nun die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit durchzuführen ist.

Um die Planungen zügig vorantreiben zu können, finden regelmäßig Bauherren- und Fachplaner-Jour-Fixe sowie Nutzerabstimmungen, beispielsweise am 26.04.2017 mit der Polizei, der Feuerwehr und dem MVV, sowie Sonderveranstaltungen, wie zum Beispiel eine Infoveranstaltung zum Thema Barrierefreiheits- und Inklusionskonzept, ebenfalls am 26.04.2017, statt. Die aktuellen Planungen, sowohl die Gesamtplanung, als auch einige Fachplanungen, sind bereits sehr detailliert ausgearbeitet. In der heutigen Sitzung stellen Herr Felix vom Architekturbüro Felix und Jonas, sowie Herr Steffen vom Projektsteuerer Hitzler Ingenieure diese Planungen, Stand: 09.05.2017, vor und stehen dem Gremium für Fragen zur Verfügung.

Eine Beschlussfassung ist in der heutigen Sitzung nicht veranlasst.

AZ 611

Bauamt

570 24 **Schulcampus Unterföhring;**
Sachstand und weiteres Vorgehen zum Unterföhringer Gymnasium
aufgrund der Festlegung auf G9 in Bayern

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die bayerische Staatsregierung für die Gymnasien eine Schulreform beschlossen hat. Kern der Reform, die Teil eines größeren Bildungspakets ist, ist die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9). Damit haben künftig die bayerischen Gymnasien grundsätzlich wieder insgesamt 9 Jahrgangsstufen (Klassen 5 bis 13). Start soll zum Schuljahr 2018/19 für die Klassenstufen fünf und sechs sein. Schüler

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

sollen aber die Möglichkeit haben, die elfte Klasse auszulassen und weiterhin in acht Jahren zum Abitur zu kommen.

Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren ist angelaufen, nach den diversen Anhörungen (z.B. Bildungsverbände) soll noch vor der Sommerpause der Gesetzesentwurf im Landtag beschlossen werden.

Diese neue schulpolitische Grundsatzregelung wirkt sich auch auf den Schulbetrieb des entstehenden Gymnasiums Unterföhring aus, das nunmehr als G9-Gymnasium geplant und gebaut wird.

Durch die zusätzliche Jahrgangsstufe werden folglich mehr Räumlichkeiten für Klassenzimmer (bei 4-Zügigkeit auch 4 zusätzliche Klassenzimmer) und ggf. weitere Fachräume benötigt. Die Objekt- und Fachplaner haben aufgrund dieser Änderungen ihre bestehenden Planungen entsprechend anzupassen. Dies ist im vergangenen Jourfix bereits besprochen worden.

Die Grundkubatur des Gebäudes ist durch diese Veränderung nicht betroffen, da die Planungen bereits von Haus aus bei der Raumnutzung großzügig ausgelegt waren und damit der Schulbetrieb in Form des G9-Gymnasiums möglich ist. Lediglich die Raumzuordnungen müssen von ihrer Nutzung her so angepasst werden, dass die zusätzlichen Klassenzimmer entstehen.

Grundlage der bisherigen Planungen ist -wie es u.a. auch in den Ausschreibungen festgehalten wurde- ein 4-zügiges Gymnasium mit einer Gesamtschülerzahl von rund 1000 Schülern. Diese Größenordnung ist sowohl für Unterföhring als auch für den Landkreis München nach dem aktuellen Schulbedarfsplan (Stand März 2017) ausreichend, der für das Gymnasium Unterföhring bis 2035 mit einer Schülerzahl von 645 Schülern aus dem Landkreis München rechnet. So können auf Grundlage dieser Zahlen über 350 Gastschüler, z.B. aus München, das Unterföhringer Gymnasium besuchen.

In der heutigen Sitzung stellen Herr Felix vom Architekturbüro Felix und Jonas, sowie der Projektsteuerer vom Büro Hitzler Ingenieure die aktualisierten und auf die Ausrichtung als G9-Gymnasium abgestimmten Planungen, Stand 18.05.2017 vor und stehen dem Gremium für Fragen zur Verfügung.

Änderungsantrag

Das Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel stellt einen Antrag nach § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat.

Das Gymnasium soll als 5-zügiges anstatt eines 4-zügigen geplant und realisiert werden. Zudem soll bereits bei der jetzigen Realisierung der angedachte Erweiterungsteil (zusätzlicher L-Flügel im Ostbereich) mitgebaut werden.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen:

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 17:7

Nachdem der Änderungsantrag zur Beratung und Beschlussfassung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende inhaltlich über den Antrag abstimmen:

Beschluss: 14 : 10

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen im Hinblick auf die betriebliche Ausgestaltung des Unterföhringer Gymnasiums als G9-Gymnasium und die damit verbundenen und vorgestellten neuen Raumzuordnungen vom Architekturbüro Felix und Jonas, München, Stand 18.05.2017 (inklusive Clustererweiterung) zur Kenntnis.

Das Gymnasium Unterföhring soll als 5-zügiges Gymnasium geplant und realisiert werden. Zudem wird bereits bei der jetzigen Realisierung der angedachte Erweiterungsteil (zusätzlicher L-Flügel im Ostbereich) mitgebaut.

AZ 2001
Bauamt

571

24

Benennung einer/eines Jugendbeauftragten für den Zeitraum 2017-2020

Nach dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates Nr. 761 vom 08.10.1993 soll der Jugendbeauftragte Kontakt zwischen der Gemeinde und Jugendorganisationen und Gruppen herstellen, Belange der Jugendlichen in die Kommunalpolitik einbringen, Maßnahmen und Einrichtungen anregen und unterstützen.

Bei Beginn einer Wahlperiode ist auf Vorschlag der Vollversammlung des FEZIs ein Jugendbeauftragter aus dem Gemeinderat für 3 Jahre zu benennen. Für die 2. Hälfte der dreijährigen Wahlperiode ist eine erneute Benennung vorzusehen.

Mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 217 vom 13.03.1997 wurde dieser Grundsatzbeschluss wie folgt ergänzt. „Sollte die Vollversammlung keinen für sie geeignete(n) Jugendbeauftragte(n) aus dem Gemeinderatsgremium benennen können, so kann sie (die Vollversammlung) auch eine beliebige andere Persönlichkeit benennen.“

Auf Nachfrage der Verwaltung teilte das FEZI mit, das Seitens der Jugendfreizeitstätte kein Vorschlag vorgebracht wird; das FEZI wird generell einem Vorschlag des Gemeinderates -analog zur Bestimmung des Jugendbeauftragten für die erste Wahlperiode des amtierenden Gemeinderates- zustimmen.

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates Nr. 31 vom 08.05.2014 in Erinnerung.

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Hierbei wurde für die erste Hälfte der aktuellen Wahlperiode des Gemeinderates (2014-2017) Frau Simone Guist als Jugendbeauftragte benannt.

Änderungsantrag:

Der Vorsitzende gibt einen schriftlichen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, vertreten durch Herrn Philipp Schwarz, vom 18.05.2017 bekannt.

Der Antrag lautet:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die neue Jugendbeauftragte/ der neue Jugendbeauftragte für 2017-2020 wird durch den neu geschaffenen Jugendbeirat bestimmt.

In die Satzung zum neuen Jugendbeirat wird aufgenommen, dass der Sprecher des künftigen Jugendbeirats gleichzeitig die oder der Jugendbeauftragte der Gemeinde ist.

Der oder die Kandidatin des Jugendbeauftragten muss mindestens 18 Jahre alt sein (Wahlrechtsalter).

Bis der Jugendbeirat seinen Jugendbeauftragten bestimmt hat, bleibt Simone Guist Jugendbeauftragte der Gemeinde Unterföhring.

Begründung:

Die politische Gemeinde ist sich einig, dass die Jugendlichen durch einen Jugendbeirat verstärkt in die Politik und die Entscheidungen eingebunden werden sollen.

Die SPD-Fraktion möchte diesen Weg durch eine Aufwertung des künftigen Jugendbeirates fortführen, indem der Jugendbeirat den künftigen Jugendbeauftragten aus seinen Reihen selbst bestimmen kann.

Wer wenn nicht die Jugendlichen selbst können besser entscheiden, wer sie vertreten soll. So werden die Mitglieder des Jugendbeirates ernst genommen und erhalten durch den Gemeinderat das Vertrauen für diese bedeutende Aufgabe.

Diese Überlegungen sollen auch bei der Bestellung des künftigen Senioren- und Behindertenbeauftragten einfließen.“

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Änderungsantrages abstimmen:

Beschluss: 22:0

Bei der Beschlussfassung über die Zulassung des Antrages haben die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer und Herr Ebert den Sitzungssaal verlassen und nicht mitgewirkt.

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem der Änderungsantrag zur Beratung und Beschlussfassung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende inhaltlich über den Antrag abstimmen:

Beschluss: 24 : 0

Die neue Jugendbeauftragte/ der neue Jugendbeauftragte für 2017-2020 wird durch den neu geschaffenen Jugendbeirat bestimmt.

In die Satzung zum neuen Jugendbeirat wird aufgenommen, dass der Sprecher des künftigen Jugendbeirats gleichzeitig die oder der Jugendbeauftragte der Gemeinde ist.

Der oder die Kandidatin des Jugendbeauftragten muss mindestens 18 Jahre alt sein (Wahlrechtsalter).

Bis der Jugendbeirat seinen Jugendbeauftragten bestimmt hat, bleibt Simone Guist Jugendbeauftragte der Gemeinde Unterföhring.

AZ 0241
Hauptamt

572 24 Auszahlung in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH im 2. Halbjahr 2016

Der Vorsitzende erläutert, dass im Haushalt 2016 Mittel für die Investitionskosten der GEOVOL Unterföhring GmbH in Höhe von 6 Mio. € eingestellt wurden.

Auf Antrag der GEOVOL Unterföhring GmbH vom 04.05.2016 auf Auszahlung des ersten Teilbetrages 2016 i. H. v. 3 Mio. € wurde der Auszahlung durch Gemeinderatsbeschluss vom 09.06.2016, Nr. 403, zugestimmt und der erste Teilbetrag i. H. v. 3 Mio. € am 27.06.2016 überwiesen. Ein beglaubigter Beschlussauszug hierüber wurde der GEOVOL Unterföhring GmbH zugestellt.

Mit weiterem Antrag vom 22.09.2016 ruft die GEOVOL Unterföhring GmbH den zweiten Teilbetrag in Höhe von 3 Mio. € ab und bittet darum, den Antrag in der nächstmöglichen Gemeinderatssitzung zu behandeln und die Auszahlung möglichst Mitte November vorzunehmen, was durch Überweisung am 15.11.2016 auch geschehen ist.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für den Jahresabschluss 2016 wurde im April 2017 von der GEOVOL Unterföhring GmbH festgestellt, dass der Gemeinderatsbeschluss über die Zustimmung der Auszahlung der zweiten Teilrate in Höhe von 3 Mio. € noch nicht bei der GEOVOL Unterföhring GmbH eingegangen ist und diesbezüglich bei der Gemeindeverwaltung nachgefragt.

Bei Durchsicht der Unterlagen musste festgestellt werden, dass diese Auszahlung zwar durch den beschlossenen Haushalt 2016 genehmigt, aber

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

kein eigener Gemeinderatsbeschluss eingeholt wurde. Dieser wird zur Vervollständigung der Aktenlage nachgeholt.

Beschluss: 21 : 0

Der Auszahlung der 2. Teilrate 2016 in Höhe von 3 Mio. € als Zuführung in die Kapitalrücklage 2016 wird nachträglich zugestimmt.

Ein beglaubigter Beschlussauszug hierüber ist der GEOVOL Unterföhring GmbH schnellstmöglich zu übermitteln.

Bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt haben die Gemeinderatsmitglieder Frau Fister, Frau Michal und Herr Dr. Ernstberger den Sitzungssaal verlassen und nicht teilgenommen.

AZ 916
Finanzen

573

24

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss:
Neubau der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage
Unterföhring; Durchführung eines Wettbewerbs "Kunst am Bau" für eine Brunnenanlage

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachstand und erinnert an den Beschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 28.03.2017, Nr. 378, mit welchem sich das Gremium dafür aussprach, dass die Brunnenanlage vor dem neu zu errichtenden Gebäude der VHS/Musikschule Ufg e.V. als Wettbewerb „Kunst am Bau“ ausgelobt wird.

Es ist ein entsprechender Auslobungstext, u. A. mit folgenden noch zu erarbeitenden Eckpunkten vorzubereiten:

- Maximale Last (Angabe des Gewichtes)
- Anschlusspunkte für die Tiefgaragendecke
- Installationshöhe Tiefgarage
- Trassenführung (Vermeidung Kollision Trassenführung Leitungen Brunnenanlage und Lüftungsleitungen)
- Leistung Brunnentechnik

Diese Empfehlung war dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Der Vorsitzende erinnert an den Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.03.2017.

Durch den Projektsteuerer Hitzler Ingenieure, München, wurden mögliche Verfahrensvarianten für einen Wettbewerb „Kunst am Bau“ mit

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

voraussichtlichen Kosten aufgestellt. Diese Zusammenstellung, Stand: 10.05.2017, wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Zusammenfassend empfiehlt der Projektsteuerer die Durchführung eines nicht offenen Wettbewerbs mit Einladungsverfahren.

Beschluss: 21 : 3

Das Gremium schließt sich dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.03.2017, Nr. 378, zur Durchführung eines entsprechenden Wettbewerbs „Kunst am Bau“ für eine Brunnenanlage an.

Es ist ein nicht offenes Verfahren mit Einladungswettbewerb mit acht Teilnehmern durchzuführen.

Der Auslobungstext und die Vorschlagliste der Teilnehmer ist dem Gremium in einer der kommenden Sitzungen vorzulegen.

Für das Preisgericht werden folgende Mitglieder aus dem Gemeinderat bestellt:

Sachpreisrichter:

- Erster Bürgermeister, Herr Andreas Kemmelmeier
- PWU-Fraktion: Frau Mörike, Stellvertreter: Frau Rader
- SPD-Fraktion: Herr Schwarz, Stellvertreter: Frau Fister
- CSU-Fraktion: Herr Ebert, Stellvertreter: Herr Ilmberger
- Bündnis 90/Grüne-Fraktion: Frau Fischer, Stellvertreter: Herr Mecke
- Gemeindeverwaltung (Berater ohne Stimmrecht)
- Wettbewerbsbetreuung (Berater ohne Stimmrecht)

Fachpreisrichter:

- Fachplanung Freianlagen der Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München.

Die weiteren fünf Fachpreisrichter werden mit Vorlage des Auslobungstextes benannt.

Mit der Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs „Kunst am Bau“ für eine Brunnenanlage, ist das mit der Projektsteuerung beauftragte Ingenieurbüro Hitzler Ingenieure, München, zu beauftragen.

Die zusätzlichen Kosten in Höhe von voraussichtlich 120.000,- € brutto werden genehmigt.

AZ 621
Bauamt

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

574

24

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss;

Bebauungsplan Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße; Sachstandsbericht und Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 22.09.2016 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, und damit die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74/05 beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung vom 23.03.2017, des Architekturbüros Goergens und Miklautz, München, wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt und in der heutigen Sitzung erläutert.

Der Änderungsbebauungsplan Nr. 74a/16 umfasst den vierspurigen Ausbau der Beta-Straße sowie die Erschließung der Grundstücke im Bauraum A und B1. Daraus ergibt sich eine Änderung der Figur des Bauraumes A. Auf die entsprechende Bebaubarkeit des Grundstücks im Baubereich A wird hingewiesen.

Gemäß Begründung zum Bebauungsplan Nr. 74a/16 bleibt eine Grundstücksfläche von 5.458 m² (reine Baufläche, ohne ökologische Ausgleichsfläche). Bei einer Größe der Zuwegung von z.B. ca. 6,80 m Breite x ca. 73,00 m Länge (= ca. 500 m²) verbleiben somit noch ca. 4.960 m².

Auf den entsprechenden Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.03.2017, Nr. 388, wird hingewiesen, in dem beschlossen wurde, dass vor Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens ein Interessenbekundungsverfahren mit folgenden Eckpunkten durchzuführen ist:

- Grundstücksgröße gesamt ca. 5.000m²
- je Betriebsgrundstück bis max. 2.000m² zzgl. ökologische Ausgleichsfläche
- Vorlage eines kurzen Nutzungskonzeptes (z. B. Art der Nutzung usw.)

Im nächsten Schritt ist durch das Gremium abschließend festzustellen, wie viele Grundstücke im Baubereich A vergeben werden sollen (z. B. zwei Grundstücke á 2.480 m² bzw. 2.000 m² und 2.960 m² oder drei Grundstücke á 1.650 m² bzw. zwei Grundstücke mit je 2.000 m² und ein Grundstück mit 960 m²).

Beschluss: 24 : 0

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung vom 23.03.2017, des Architekturbüros Goergens und Miklautz, München, wird zur Kenntnis genommen.

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss und spricht sich dafür aus, dass vor Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens ein Interessenbekundungsverfahren mit folgenden Eckpunkten durchzuführen ist:

- Grundstücksgröße gesamt ca. 5.000 m²
- Je Betriebsgrundstück bis max. 2.000 m² zzgl. ökologische Ausgleichsfläche
- Vorlage eines kurzen Nutzungskonzeptes (z. B. Art der Nutzung usw.)

AZ 6100
Bauamt

575

24

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt- und Energieausschuss; Anpassung des Energiesparförderprogramms der Gemeinde Unterföhring

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.02.1996, Nr. 1310 - 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Seit dem 01.01.2017 enthält das Energiesparförderprogramm die Maßnahme 2.6 Mobilität – Elektrofahrrad. Die vorigen Änderungen sind dem Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016, Nr. 469 und im Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr.17 zu entnehmen.

Der Erste Bürgermeister bringt den Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017, Nr. 26 in Erinnerung, in dem die Änderungen des Energiesparförderprogramms beschlossen wurden.

Sachstand zu Bürgeranmerkungen:

Warum Elektroräder gefördert werden:

Die Gemeinde Unterföhring ist eine öffentliche Einrichtung mit der Aufgabe der Daseinsvorsorge. Zu dieser zählt auch die Mobilität. Die Gemeinde möchte Bürgerinnen und Bürger bei der Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens (häufiger mit dem E-Rad statt Auto und weiter mit dem E-Rad statt mit dem Rad) unterstützen. Hierbei ist es jedoch nicht das Ziel durch massive Förderung andere Mobilitätsangebote, welche auch klimafreundlich sind zu unterbinden. Elektroräder sind heute noch verhältnismäßig teuer und werden daher durch die Gemeinde Unterföhring bezuschusst.

Vergleich Förderungsprogramm der Stadt München und Steiermark

- Die Stadt München fördert mit ihrem Förderprogramm „Integrierten Handlungsprogramms zur Förderung der Elektromobilität in München“(IHFEM 2015): keine Pedelecs für Bürgerinnen und Bürger, sondern nur für „Gewerbe“ dh. Unternehmen, freiberuflich Tätige und

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

gemeinnützige Organisationen mit 25% der Nettokosten bis zu 500 Euro der Nettokosten.

- Die Steiermark (Bundesland in Österreich) fördert seit 01.01.2016 nur Lastenfahrräder. Für private Käufer gilt als Berechnungsbasis der Brutto-Preis und 25% der Anschaffungskosten eine maximale Förderhöhe von 500 Euro. Gewerbliche Käufer erhalten 25% auf den Netto-Preis bis maximal 400 Euro.
- Die Stadt Tübingen hat eine Abwrackprämie für Krafträder mit Zweitaktmotor und fördert den Kauf eines Elektro-Zweirades von 200 - 500 Euro.
- Diverse weitere Förderungen werden häufig durch Stadtwerke angeboten.

Bemessung der Förderhöhe:

- 30 % der förderfähigen Kosten, max. 500 € pro Haushalt

Bemessen nach der Förderwunschsumme des Zweirad-Industrie-Verbandes für eine deutschlandweite Förderung durch den Bund.

Die Förderung des Elektrofahrrades ist im Energiesparförderprogramm der Gemeinde die Maßnahme mit der höchsten Fördersumme im Verhältnis zum Umsetzungspreis.

Fahrradpass:

Bei Verlust des Rades sind hier alle wichtigen Merkmale des Rades vermerkt. Die Codierungsbestätigung des ADFC enthält auch alle wichtigen Merkmale und wird bei Antragsstellung als Fahrradpass anerkannt.

Fahrradcodierung:

- Bei der Anschaffung eines Elektrofahrrades handelt es sich um einen Wert in einem 4-stelligen Eurobereich. Die Polizei empfiehlt die Erstellung eines Fahrradpasses und der Fahrradcodierung oder Fahrradkennzeichnung als Eigentumsnachweis. Die Möglichkeit der Fahrradkodierung und Erstellung eines Fahrradpasses sind jedoch häufig nicht geläufig. Durch die Codierung soll den Bürgerinnen und Bürger deutlich werden, dass es nicht nur das Fahrradschloss zum Schutz vor Diebstahl gibt und einen Anreiz zu weiterer Erkundigung nach Sicherungsmaßnahmen geben.
- Die Polizei in Bayern führt keine Codierung durch, mit der Serviceleistung wurde der „Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club“ (ADFC) betraut. Codierungen werden in den Gebäuden des ADFCs durchgeführt oder kann bei hoher Anfrage und Kostenübernahme auch Vorort, also in Unterföhring, durchgeführt werden. Durch einen Bürger ist bekannt, dass auch Codierungsaufkleber online aus einem anderen Bundesland angefordert werden können und dann selbst angebracht werden können. Hierfür werden seitens der Gemeindeverwaltung noch Bilder der angebrachten Codierung zur Antragsbearbeitung gefordert.
- Gravur: Bei einigen Rad-Herstellern kommt es zum Ausschluss der Garantie bei einer Gravur. Auf Anfrage erklärt der ADFC, dass in 20 Jahren Codierarbeit und über neuntausend codierten Rädern bundesweit kein Fall bekannt, wo die Codierung Ursache für einen

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Rahmenbruch war. Ausgeschlossen werden kann dieses jedoch nicht. Klebekodierungen seien laut ADFC binnen weniger Minuten rückstandslos entfernbar. Laut Rückmeldung eines Bürgers ist die Entfernung der Klebekodierung nicht so einfach möglich. Antragsteller können selbst entscheiden, welche Art der Codierung Sie vornehmen möchten. Die Förderung unter der Voraussetzung einer Codierung ist aus fachlicher Sicht den noch erstrebenswert. Durch die Codierung soll den Bürgerinnen und Bürger deutlich werden, dass es nicht nur das Fahrradschloss zum Schutz vor Diebstahl gibt und einen Anreiz zu weiterer Erkundigung nach Sicherungsmaßnahmen geben.

Maßnahme 2.7 Sonstige Förderung:

Unter dieser Maßnahme können Bürgerinnen und Bürger für weitere Bemühungen einen Zuschuss bekommen. Hier ist vor Beginn/ Kauf der Maßnahme ein Antrag zu stellen.

Bisher wurde eine telefonische Anfrage gestellt, ob der Umbau eines Fahrrades zu einem Elektrofahrrad gefördert wird. Ein Antrag ist jedoch bisher noch nicht eingegangen. Die Förderung eines zweiten E-Rades pro Haushalt ist durch die Maßnahme 2.7. ausgeschlossen.

Pro Haushalt ein Rad:

- Im ersten Entwurf wurde die Förderung mit der Bedingung der Abschaffung eines Autos oder Motorades, einer sogenannten „Abwrackprämie“ verknüpft. Fachlich wäre dies auch sehr empfehlenswert. Dieser Entwurf wurde verworfen, da die Anzahl der Anträge unter dieser Bedingung sehr gering ausfallen würde, somit wurde die „Pro Haushalt ein Rad“-Vorgabe eingepflegt. Da ein Auto im Haushalt doch häufig nicht entbehrlich ist. Das Elektrofahrrad soll optimal ausgelastet werden durch die Person im Haushalt für die es eine Verbesserung in der Mobilität ist. Es soll ein Anreiz geschaffen werden, das Rad mehr und für längerer Strecken und häufiger zu nutzen. Dies soll freiwillig geschehen und keine Verpflichtung sein. Bei der Anschaffung von zwei oder mehr Rädern pro Haushalt könnte der Händler Mengenrabatt geben. Dh. es gibt schon eine Förderung.

Zwischenstand der Förderauszahlungen 02.03.2017

Bisher wurden 14 Förderanträge durch die Gemeinde Unterföhring bewilligt und ausgezahlt. 13 mal wurde der maximal Betrag von 500 Euro ausgezahlt. 3 Antragsteller berichteten, dass sie 2 Räder pro Haushalt gekauft haben.

Änderung zur Maßnahme 2.6 Mobilität – Elektrofahrrad:

2.6. Mobilität - Elektrofahrrad

	Gemeindeförderung	Wird bezuschusst wenn:
Elektrofahrrad	30 % der förderfähigen	-alle Elektrofahrräder (E-Bikes), Pedelects und S-Pedelects (Speed-

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

	Kosten, max. 500 € pro Haushalt	Pedal Electric Cycle) mit zusätzlichem Tretantrieb, die neu gekauft (ab 01.07.2016) wurden -pro Haushalt ein Elektrofahrrad -der Antragsteller hat mindestens 3 Jahre seinen Hauptwohnsitz in Unterföhring -zur Eigennutzung -Fahrradpass ist vorhanden -Fahrradcodierung (Klebung oder Gravur) ist vorhanden -Bild (Foto) der Fahrradcodierung ist vorhanden -der Antragsteller verpflichtet sich an Umfragen der Gemeinde teilzunehmen
--	------------------------------------	---

Hinweis: Es werden keine gebrauchten Räder gefördert sowie keine Elektroräder ohne Tretantrieb (wie E-Roller oder E-Scooter), sowie Räder ohne direkte Verbindung der Pedale zum Hinterrad (z.B. E-Rockit). Fahrradleasing ist von der Förderung ausgeschlossen.

Der Fahrradpass stellt keinen Eigentumsnachweis dar. Dennoch kann er gemeinsam mit dem Kaufbeleg und einem Farbfoto auch für Versicherungszwecke wichtig sein.

Sollte das geförderten Elektrofahrrad innerhalb von 3 Jahren weiterverkauft/ gegeben oder regelmäßig von anderen nicht im Haushalt befindlichen Personen genutzt werden, so wird die Förderung anteilig zurückgefordert.

Einzureichende Unterlagen bei Antragsstellung - Elektrofahrrad

- ✓ Ist nicht erforderlich.

Einzureichende Unterlagen zur Auszahlung - Elektrofahrrad

- ✓ Der Förderantrag ist vollständig spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrades zu stellen.
- ✓ Kopie der Rechnung mit geforderten Daten
- ✓ Belege der geforderte Daten

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2016, Nr. 26, wie folgt an.

Im Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring, Stand 01.01.2017, sind folgende Ergänzungen vorzunehmen:

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- keine Beschränkung der Motorleistung des Fahrrades von maximal 500 Watt
- Eine Fahrradcodierung (Klebung oder Gravur) ist vorzulegen
- Bild (Foto) der Fahrradcodierung ist vorzulegen
- Antragsteller verpflichtet sich an Umfragen der Gemeinde teilzunehmen
- Der Förderantrag ist vollständig spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrades zu stellen.
- Belege der geforderte Daten sind mit einzureichen
- Fahrradleasing ist von der Förderung ausgeschlossen.

Die vorgenannten Punkte sind in das Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring einzuarbeiten. Das Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring erhält den Stand 18.05.2017 und ist im Anschluss entsprechend bekannt zu machen.

Das Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring, Stand 18.05.2017, tritt zum 01.06.2017 in Kraft.

AZ 6620
Bauamt

576 24

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt- und Energieausschuss: Ergänzungen zur Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Erlass der Baumschutzverordnung (BSchVO) der Gemeinde Unterföhring am 12.03.2009 und bringt den Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017, Nr. 27 in Erinnerung, in dem die Ergänzungen der Baumschutzverordnung beschlossen wurden.

Hier noch einmal die wichtigsten Punkte:

1. Geschützt sind nur Laub- und Walnussbäume wenn ihr Stammumfang in einen Meter Höhe über dem Boden gemessen, größer als 100 cm ist. Folglich gilt die Baumschutzverordnung nur für Großbäume, d.h. nur für einen kleinen Teil des privaten Baumbestandes. Kleinere Bäume können demzufolge auch ohne Antrag gefällt werden.
2. Nadelbäume und Obstbäume, mit Ausnahme der Walnussbäume, unterliegen generell nicht der BSchVO, können daher ohne Antrag gefällt werden.
3. Es ist verboten, lebende Bäume zu entfernen, zu zerstören oder zu verändern. Die letzten beiden Punkte betreffen in erster Linie

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

unfachgerechte Schnittmaßnahmen, die das charakteristische Aussehen des Baumes nachhaltig beeinträchtigen und das Wachstum dauerhaft verhindern, z.B. Kappung der Krone.

4. Ein Rechtsanspruch auf Fällung besteht nach § 5 Abs. 1 BSchVO, wenn
 - aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch darauf besteht („Baugenehmigung“) oder
 - die Nutzung des Grundstücks und/oder des Gebäudes durch den Baum unzumutbar beeinträchtigt wird (gilt nicht für Schatten- oder Laubfall und für durch Wurzeln verursachte Bodenunebenheiten) oder
 - der Baum aufgrund seines Alters oder aufgrund von Schäden seine Schutzwürdigkeit verloren hat (Nachweis!).
5. Die Fällung eines Baumes kann unter Auflagen genehmigt werden. Es kann z.B. eine Ersatzpflanzung auf dem Grundstück gefordert werden, aber nur wenn diese zumutbar ist, oder es kann eine Ausgleichszahlung für die Neupflanzung eines Baumes auf einem öffentlichen Grundstück gefordert werden, beides Dinge, die für die Fällung eines Großbaumes durchaus als angemessen zu sehen sind.
6. Die Antragstellung erfolgt grundsätzlich durch den Eigentümer des Baumes (Grundstückseigentümer oder Hausverwaltung).

In der Regel werden nur Anträge auf Baumfällungen auf dem eigenen Grundstück gestellt. In der letzten Zeit hatte die Gemeinde einige Anträge, die die Fällung eines Baumes auf dem Nachbargrundstück zum Inhalt hatten, da die Wurzelbereiche dieser Bäume in das Grundstück ragen und den Neubau behindern. Der Antragsteller bezog sich dabei auf die Baumschutzverordnung der Landeshauptstadt München. Darin gibt es seit einigen Jahren schon die Möglichkeit einer Antragstellung auf Fällung eines Baumes auf dem Nachbargrundstück, wenn dieser einen Neubau behindert. Auf Nachfrage stimmte die Behörde einer Verwendung des Formulars durch die Gemeinde zu.

Wichtig dabei ist, dass in dem betreffenden Abschnitt der Antragsteller eine Einverständniserklärung des Grundstückseigentümers vorlegt, dass dieser mit der Fällung und ggbf. Ersatzpflanzung einverstanden ist. Ohne dies Einverständnis ist eine Fällung nicht möglich.

Die Baumschutzverordnung, das bisherige Antragsformular sowie das neue Antragsformular wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2016, Nr. 27, an.

Die Baumschutzverordnung (Stand: 12.03.2009) ist im §5 Abs. 4 Satz 2 um

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„Antragsformular - Antrag auf Baumfällung / Baumveränderung“
zu ergänzen.

Die Ergänzungen sind in die Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring einzuarbeiten und erhält den Stand 01.06.2017. Die Baumschutzverordnung der Gemeinde Unterföhring ist entsprechend bekannt zu machen und tritt zum 01.06.2017 in Kraft.

AZ 0281
Bauamt

577

24

Sanierung Sportzentrum an der Jahnstraße; Vorstellung, Planung des Außenbereichs inkl. Kostenschätzung

Der Erste Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.07.2016, Nr. 428, sowie vom 22.09.2016, Nr. 445, (genehmigtes Gesamtbudget mit 11.450.948,- € brutto) in Erinnerung,

In der ursprünglichen Grobkostenschätzung der Verwaltung gemäß des Gemeinderatsbeschlusses vom 09.07.2015, Nr. 275, wurden für die Außenanlagen und deren Überarbeitung rund 500.000,- € brutto von der Verwaltung geschätzt.

Aufgrund der Aufstellung (Bereitstellung von zwei Traglufthallen im Bereich des bestehenden Parkplatzes sowie auf Tennisaußenplatz 5 gemäß Gemeinderat vom 10.12.2015, Nr. 304) von Ersatzhallen in 2016 wurden durch die Verwaltung die Bereiche dargestellt, die die Wiederherstellung und Rückbau der Baustellencontainer, die Wiederherstellung und Rückbau der Traglufthallenbereiche (2-fach Halle und Tennishalle) und der damit verbundenen Neusituierung der Parkplatzfläche am Sportplatz beinhalten. Ferner sollte im Zuge der Wiederherstellung der o.a. Bereiche auch der Antrag des TC Unterföhring auf Errichtung eines Allwetterplatzes umgesetzt werden. Gleichzeitig ist es dringend notwendig die Entwässerung im Bereich der westlich verlaufenden Grundstückskante (Fezi, Garagenabfahrt Wohnung Hausmeister und Beach-Volleyballfeld) zu überprüfen.

Im Hinblick auf die Schadensereignisse 2007 und 2009 konnte durch die Versicherungsgutachter festgestellt werden, dass die vorgefundene Entwässerungssituation am 05.05.2009 nicht den Ausführungsplänen entsprach. Teilweise wurden nach dem Schadensereignis neue Sickerschächte und Entwässerungsrinnen gebaut, um die Entwässerungssituation bei starken Regenereignissen zu entspannen. Im Gutachten des TÜV Bayern vom 10.08.2009 wurde deshalb angeregt, dass dieser Bereich durch einen Fachplaner untersucht werden sollte.

Aufgrund der geplanten Baumaßnahme – Erweiterung Sportzentrum – wurde diese Maßnahme bislang zurückgestellt.

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die Wiederherstellung dieser Flächen ist in der Kostenschätzung nicht enthalten.

Für die Überplanung der Außenanlagen wurde das Landschaftsarchitekturbüro Luska Freiraum GmbH, aus Dachau, beauftragt.

Die Außenflächen teilen sich in folgende wesentliche Hauptbereiche auf:

- A) Der Bereich Haupteingang wird derzeit für die Sanierung der Hallen als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten soll der Platz vor dem Haupteingang neu organisiert und passend zu dem Eingangsbereich einladend gestaltet und passend zur neuen Fassadengestaltung angemessen aufgewertet werden, sofern der Gemeinderat der vorgestellten Neugestaltung zustimmt. Durch eine eventuelle Neustruktur dieses Bereiches vor dem Haupteingang, soll die Aufenthaltsqualität innerhalb dieses Bereiches vor dem Haupteingang deutlich erhöht werden. Die Fahrradabstellplätze sollen optisch vom Eingangsbereich getrennt werden und erhalten teilweise eine Überdachung.

Die derzeit bestehenden schadhaften Stellen im Pflasterbelag (inkl. Kunstwerk im Belag) im Bereich des Haupteingangs Sportzentrum und Treppenabgang FEZI sollen im Zuge der Maßnahme in diesem Bereich beseitigt werden.

Ferner sind entlang der Fassade Bodenflächen aufgrund der Arbeiten für den nicht vorhandenen Blitzschutz wieder herzustellen.

- B) Im Bereich der Tennisanlage erhalten die vier südlichen Plätze eine neue Flutlichtanlage (Bestandserneuerung nach ca. 30 Jahren). Hierzu sind neue Fundamente notwendig. Die vorhandenen Sport- und Nebenflächen im Bereich der geplanten neuen Masten müssen kleinteilig in Handschachtung ausgebaut und nach Errichtung der Fundamente wieder hergestellt werden.

Die bestehenden Flutlichtmasten der nördlichen Tennisplätze erhalten einen Blitzschutz, da bisher keiner vorhanden ist. Auch hier ist kleinteilige Handarbeit notwendig.

Im Nordosten wird ein Kunstrasenplatz für Tennis in Turnierplatzgröße anstelle des bestehenden Tennis-Kleinspielfeldes (Hartplatz) errichtet. In den Kosten sind zusätzliche Arbeiten für Bodenaustausch und Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Untergrundes, aufgrund der neuen Erkenntnisse aus dem Baugrundgutachten, wie auch erhöhte Kosten für die Entsorgung der dynamischen Schicht (leicht belastete Schlacke) des bestehenden Tennis-Kleinspielfeldes enthalten.

- C) Der ursprüngliche Kfz-Parkplatz im Bereich der Traglufthalle im Westen des Geländes muss nach deren Rückbau wieder hergestellt

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

werden. In diesem Zuge sollen die Stellplatzflächen wiederhergestellt und ggf. erweitert werden. Die Herstellung der Stellplatzflächen erfolgt mit Pflaster mit Rasenfuge und nicht mehr in wassergebundener Decke, um dadurch die Unterhaltskosten zu senken.

Der Tennisplatz der Traglufthalle östlich der Tennishalle muss nach dem Rückbau der Traglufthalle komplett erneuert werden.

Nach dem Rückbau der Traglufthallen muss im Bereich des Parkplatzes die Wegebeleuchtung erneuert werden. Ebenso sollte die 30 Jahre alte Schrankenanlage (Parkplatz), die in der Vergangenheit bereits mehrfach nach Vandalismusschäden repariert wurde, erneuert werden. Im Hinblick auf die neue Technik im Bereich LED sollte der Bereich der bestehenden Wegebeleuchtung (Ausstattung mit LED-Köpfen) ergänzt werden. Für Ergänzung der Wegebeleuchtung, neue Parkplatzbeleuchtung, Schrankenanlage, Sprechanlage an Schranke mit zwei Videokameras auf Mast sowie Erneuerung der Eingangsbeleuchtung wurde eine Grobkostenschätzung nach Rücksprache mit dem Landschaftsarchitekten mit 98.000,- € netto – entspricht 117.000,- € inkl. MwSt ermittelt.

- D) Im Hinblick auf die Anregungen des Gutachtens des TÜV Bayern vom 10.08.2009 soll zur Vermeidung von Wassereintritt in das Untergeschoß im südwestlichen bei Starkregenereignissen das Gelände an den neuralgischen Punkten höhenmäßig angehoben und neu modelliert werden. Dadurch wird die Fließrichtung von Niederschlagswasser bei Überlastung der Entwässerungseinrichtungen um den Bereich herum verändert und vom Gebäude weg geführt. Bestehende befestigte Flächen müssen dazu aufgenommen und neu hergestellt werden.
- E) Mit Antrag vom 04.05.2017 stellt nun der TCU offiziell den bereits in der Jahreshauptversammlung geäußerten Wunsch, die bestehende Hallenbeleuchtung wieder auf LED-Langfeldleuchten mit einer max. Lux 750 zu ändern. Die drei Jahre alten bisherigen LED-Punktleuchten mit einer 500 Lux haben sich leider nicht bewährt.

Das Ingenieurbüro Wieder, Erding, teilte uns hierzu mit, dass sich die Grobkostenschätzung für die Umrüstung von LED-Punktleuchten auf LED-Langfeldleuchten auf weitere 131.000,- € brutto beläuft.

Die Kostensituation stellt sich aufgrund der zu überplanenden Flächen und deren Aufgabenstellung wie folgt dar:

- | | | |
|----|---|--|
| A) | Neugestaltung des Eingangsbereich mit FEZI | 560.000,- € brutto |
| B) | Tennisanlage mit Blitzschutzmaßnahmen | 300.000,- € brutto |
| C) | Parkplatz und Tennis nach Rückbau Traglufthallen
zzgl. Elektroarbeiten | 600.000,- € brutto
117.000,- € brutto |
| D) | Vermeidung von Wassereintritt bei Starkregen- | |

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

	ereignissen	170.000,- € brutto
E)	bestehenden Hallenbeleuchtung auf LED-Langfeld- leuchten mit 750 Lux umrüsten	131.000,- € brutto
	Gesamtgrobkostenschätzung	1.878.000,- € brutto
	zzgl. Baunebenkosten	

Die Planunterlagen, Eingangsbereich Stand 13.3.2017 und Luftbild Stand 10.05.2017, werden dem Gremium zugestellt.

Der Landschaftsarchitekt, Herr Luska, erläutert die Planungen und beantwortet die auftretenden Fragen aus dem Gremium.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Maßnahme im September 2018 fertiggestellt wird. Die Außentennisplätze werden in Absprache mit den Vertretern des TCU, dem 1. Vorsitzenden Herrn Petschko, nach Beendigung der Freiluftsaison ab Oktober 2018 erneuert bzw. wieder hergestellt.

Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Herr Schwarz stellt gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat einen Antrag auf getrennte Abstimmung. Hierbei soll über die Positionen A) bis D) zusammen und über E) getrennt abgestimmt werden. Darüber hinaus spricht sich Herr Schwarz dafür aus, dass der Parkplatz an der Westseite des FEZIs multifunktional (z.B. Möglichkeit für das Aufbauen eines Zeltes über eine größere Fläche des Parkplatzes ohne störende Einrichtung wie z.B. Abtrennungen, Bepflanzung o.ä.) gestaltet wird.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen:

Beschluss: 24:0

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung zur Beratung und Beschlussfassung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende inhaltlich über den Antrag abstimmen:

Beschluss: 24:0

Über die Positionen A) bis D) wird zusammen und über E) getrennt abgestimmt.

Der Gemeinderat nimmt den dargestellten Sachstand und die Ausführungen des Landschaftsarchitekturbüros Luska, Dachau, der Planungen des Außenbereichs des Sportzentrums (Vorplatz am Haupteingang, Wiederherstellung und Rückbau der Baustellencontainer, Wiederherstellung und Rückbau der Traglufthallenbereiche (2-fach Halle und Tennishalle) und der damit verbundenen -multifunktionalen- Neusituierung der Parkplatzfläche am Sportplatz, sowie Überprüfung der Entwässerungssituation) an der Jahnstraße zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung auf der Grundlage der Grobkostenschätzung, Stand 03.05.2017, wie folgt zu:

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 23:1

- A) Neugestaltung des Eingangsbereich mit FEZI 560.000,- € brutto
- B) Tennisanlage mit Blitzschutzmaßnahmen 300.000,- € brutto
- C) Parkplatz und Tennis nach Rückbau Traglufthallen 600.000,- € brutto
zzgl. Elektroarbeiten 117.000,- € brutto
- D) Vermeidung von Wassereintritt bei Starkregen-
ereignissen 170.000,- € brutto

Beschluss: 5:19

- E) bestehenden Hallenbeleuchtung auf LED-Langfeld-
leuchten mit 750 Lux umrüsten 131.000,- € brutto

Die Grobkostenschätzung beläuft sich damit auf insgesamt 1.747.000,- €
brutto zzgl. Baunebenkosten.

Die erforderlichen Kosten sind für die Haushaltsjahre 2018 ff einzuplanen.

AZ 621
Bauamt

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

578

24

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgabe; Kulturprogramm - Vorstellungsänderung auf Grund Krankheit des Künstlers

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016, Nr. G 484, in Erinnerung, mit welchem das neue Kulturprogramm Frühjahr/Sommer 2017 beschlossen worden ist.

Die geplante Vorstellung des Kabarets Maul & Clownseuche am 28.05.2017 in der Schulaula kann aufgrund einer Erkrankung des Hauptdarstellers, Herrn Klaus Bäuerle, nicht stattfinden. Es ist geplant, diese Veranstaltung im nächsten Jahr nachzuholen.

Ersatzweise wird am 28.05.2017 der Kabarettist Thomas Schreckenberger mit seinem Programm "Ene, mene, muh - wem traußt Du?" in der Schulaula auftreten. Ganz aktuell hat er den Wettbewerb für Kleinkunst, die Tuttlinger Krähe 2017, gewonnen.

AZ 3
Kulturamt

578

24

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgabe; Stromlieferung für gemeindeeigene Objekte, Einrichtungen und die öffentliche Straßenbeleuchtung von 2018 - 2019; Durchführung einer Bündelausschreibung

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 17.09.2015, Nr. 272 und die Bekanntgabe vom 10.12.2015, Nr. 312. Der Strombezug wurde für zwei Jahr (2016-2017) durch die Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held, München als Bündelausschreibung, zusammen mit elf weiteren Gemeinden/Städten/Zweckverbänden, ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielten die Gemeindewerke Oberhaching. Der Vertrag endet zum 31.12.2017, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Somit ist eine erneute EU-weite Ausschreibung der Stromlieferung veranlasst. Für einen Ausschreibungszeitraum von zwei Jahren sprechen die rasanten Veränderungen im Bereich „Erneuerbare Energien. Energielieferunternehmen sind zudem auf Laufzeiten von zwei Jahren ausgerichtet. Bei längeren Laufzeiten besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Energielieferunternehmen Preisaufschläge vornehmen, um das Risiko der Preisveränderungen auf dem Markt in den kommenden Jahren auf den Stromabnehmer und damit auf die Kommunen zu übertragen. Die Strompreise aus den Ergebnissen der Ausschreibungen von 2014/2015 und 2016/2017 werden durch den Vorsitzenden bekanntgegeben.

Mit Schreiben vom 31.03.2017 teilt die Kanzlei BBH mit, dass sie in diesem Jahr wieder eine Bündelausschreibung für Ökostrom durchführt.

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kosten für die Bündelausschreibung über die Kanzlei BBH betragen 4.165,00 € brutto (die Kosten der Ausschreibung durch die Kanzlei BBH in 2015 beliefen sich ebenfalls auf 4.165,00 € brutto). Zum jetzigen Zeitpunkt nehmen sechs Gemeinden und Zweckverbände an der Bündelausschreibung teil. Mit der Gemeinde Unterföhring sind es dann sieben Teilnehmer. Das Schreiben vom 31.03.2017 wird durch den Vorsitzenden bekanntgegeben.

Das Ziel der Ökostromausschreibung ist – im Rahmen der energiewirtschaftlichen Möglichkeiten – einen zusätzlichen Umweltnutzen zu erzeugen bzw. einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Gleichzeitig soll die Abgabe von wirksamen Angeboten gewährleistet und die finanziellen Belastungen für die Ausschreibungsteilnehmer kalkulierbar sein. Die Ausschreibung erfolgt daher im Grundsatz nach dem im Leitfaden des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Bundesumweltamtes zur Beschaffung von Ökostrom enthaltenen Ausschreibungsmodell. Neben dem angebotenen Gesamtpreis wird das Anlagenalter der Stromerzeugungsanlagen sowie die bilanzielle Direktlieferung des Stroms als Zuschlagskriterium berücksichtigt. Auf die Ausschreibung insbesondere für kleinere Ökostromanbieter attraktiver zu gestalten und um die Abgabe von wirksamen Angeboten zu gewährleisten, werden die im Leitfaden enthaltenen Vorgaben zweckdienlich angepasst.

Über das Ergebnis der Bündelausschreibung wird der Gemeinderat nach Zuschlagserteilung entsprechend informiert.

AZ 8610
Bauamt

578

24

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgabe; Bestandsaufnahme der Bäume entlang des alten Bahndammes durch die Deutschen Bahn

Die Deutsche Bahn wird in den nächsten Wochen eine Bestandsaufnahme des Baumbestandes entlang des alten Bahndammes durchführen, hierzu werden die Bäume kartiert, markiert und erforderliche Pflegemaßnahmen erfolgen.

Die betroffenen Gebiete (schwarz markiert) sind der beigefügten Abbildung zu entnehmen.

AZ 6311
Bauamt

41. Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

578

24

Bekanntgaben / Anfragen

Anfragen

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel bittet um Bekanntgabe der weiteren Gutachten hinsichtlich des Prüfauftrages zur Gründung einer kommunalen Bau- und Entwicklungsgesellschaft.

Der Bauamtsleiter Herr Kapfenberger erläutert Frau Mäusel, dass die weiteren Gutachten lediglich als Zwischenergebnisse vorliegen. Diese werden dem Gremium zeitnah vorgestellt.

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des zu erarbeitenden Seniorenkonzeptes.

Der Bürgermeister und der Hauptamtsleiter erläutern den aktuellen Sachstand. In einer der kommenden Sitzungen erhält der Gemeinderat eine entsprechende Zusammenfassung.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22:50 Uhr die heutige öffentliche Sitzung und wünscht den anwesenden Zuhörern einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend.

Im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung fortgesetzt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer